

## **Offener Brief des Gemeinderat Undeloh zur möglichen Asylbewerberunterkunft in Undeloh**

Der Undeloher Gemeinderat und der überwiegende Anteil der Undeloher Bürger distanzieren sich hiermit ausdrücklich von der in der Presse verbreiteten Darstellung ausländerfeindlich und rassistisch zu sein und widersprechen diesem Vorwurf aufs Schärfste.

Bereits jetzt hat diese einseitige und sachlich völlig unvollständige Berichterstattung eines einzelnen Mediums zur Bedrohung und Diffamierung von Mitgliedern des Gemeinderates geführt. Es haben sich darüber hinaus bereits zahlreiche Gäste von Undeloh als Urlaubsort abgewandt.

Die bisherige Berichterstattung beruht auf absoluten Einzelmeinungen. Jegliche auch nur im Ansatz ausländerfeindliche Äußerung während der Sitzung wurde vom Gemeinderat und dem Plenum entgegen der bisherigen Berichterstattung zurückgewiesen.

Es ist für den Gemeinderat zweifelhaft, ob die Unterkunft für die Personenanzahl von bis zu 29 Personen (jungen Männern) an dieser Stelle tragbar und sozialverträglich, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Asylbewerber, ist. Es gab im Vorwege des möglichen Verkaufs und Weiterbetriebs des Hermann Löns Cafés offenbar massive baurechtliche Bedenken besonders in Bezug auf den Brandschutz seitens des Landkreises. Ein Weiterbetrieb als Café wäre nicht ohne massive Auflagen möglich gewesen. Der Gemeinderat fragt sich daher, warum eine Asylbewerberunterkunft dort nun möglich ist. Sind dort die Sicherheitspflichten geringer als bei einem Café?

Das Angebot zur Versorgung mit Nahrungsmittel und Gütern des sonstigen täglichen Bedarfs ist in Undeloh zu keinem Zeitpunkt gewährleistet. Das Asylbewerbern zustehende Budget von 134,- Euro an Bargeld beinhaltet auch einen Mobilitätsbetrag. Durch einen fehlenden Discounter in unmittelbarer Nähe von Undeloh reicht dies inklusive der 212,- Euro an Gutscheinen nach Einschätzung des Gemeinderates nicht für eine monatliche Selbstversorgung aus. Es gibt keinen Arzt, keinen Zahnarzt, keine Apotheke, keine Lebensmittelgeschäfte, keine Vereine, keine Freizeitangebote, keine Möglichkeit der Nutzung gemeinnütziger Einrichtungen und keinerlei Möglichkeiten zur Ausübung von individuellen Glaubensmöglichkeiten. All dies ist immer mit einem Weg von mehr als 10 km verbunden.

Die mangelhafte Busanbindung der Gemeinde Undeloh ist bereits seit längerer Zeit bekannt und wurde bereits häufig in verschiedenen Gremien thematisiert.

Diese Bedenken wurden während der Sitzung mehrfach geäußert und konnten zu keinem Zeitpunkt vom Landkreis und der möglichen Betreibergesellschaft auch nur ansatzweise beantwortet und geklärt werden. Mehr noch wurde gerade ein Engagement in (Sport)Vereinen oder gemeinnützigen Einrichtungen durch die Betreibergesellschaft als Grundlagen einer Integration aufgeführt. Dass dies in Undeloh nicht gewährleistet ist, musste hinlänglich bekannt sein.

Die völlig unzureichende Kommunikation zwischen Landkreis und Gemeinde im Vorfeld der Thematisierung fand seinen Abschluss in einer ungenügenden Präsentation des Projekts und des fehlenden Konzeptes für die Objektnutzung und Bewirtschaftung. Die Gemeinde Undeloh wurde mit dem Antrag auf Nutzungsänderung vor vollendete Tatsachen gestellt und konnte nach den geäußerten Bedenken, den entstandenen vielen offenen Fragen und dem nicht schlüssigen Konzept nicht anders entscheiden, als dem vorliegenden Antrag auf Nutzungsänderung zum jetzigen

Zeitpunkt nicht zuzustimmen. Diese Ablehnung beruhte dabei ausschließlich auf nachvollziehbaren und objektiven Fakten.

Gezeichnet: Gemeinderat Undeloh